Die Vorbedingung der Gesundung:

deutsch-französische Verständigung.

London, 24. Juli. Die „Times" geht im einzelnen auf die französisch-deutschen Beziehungen ein. Den ausgezeichneten Beziehungen zwischen Brüning und Laval scheine Bedeutung beigemessen werden zu müssen, wenn sie die Grundlage zu bedingsfreien Erörterungen werden sollen. Das Blatt weist darauf hin, daß es noch immer Sieger und Besiegte gäbe. Dieser Zustand dürfe nicht andauern. Abschließend

setzt sich die „Times" erneut für eine französisch-deutsche Annäherung ein. Die Welt könne niemals Vertrauen in die Festigkeit des Friedens haben, wenn die Kriegsmentalität zwischen Deutschland und Frankreich anhalte.

Diese könne nur beseitigt werden, wenn beide Parteien auf der Grundlage der Gleichheit bereit seien, als Ausgangspunkt der Erörterungen eine Abänderung der derzeitigen Verhältnisse zu erwägen.

Die „Morningpost" meint, es sei ein Fehler, wenn man annehme, daß durch die von der Konferenz beschlossene Empfehlung Deutschland wieder saniert werden könnte. Eine Wiederholung der Krise sei unvermeidlich, wenn im nächsten Juli die Youngzahlungen wieder aufgenommen werden sollten. — Der „Daily Herald" sagt, **die Krise sei nur aufgehoben, die Revision der Kriegsschuldenabkommen sei notwendig.**

Die deutsch-französische Aussprache.

Annäherung?

London, 23. Juli. In eingeweihten Kreisen verlautet, daß die Aussprache, die am Donnerstag anläßlich des Frühstücks in der deutschen Botschaft zwischen den deutschen und den französischen Ministern geführt worden ist, eine Wendung genommen habe, die

eine spätere deutsch-französische Zusammenarbeit auf der Grundlage eines wirklichen Verständnisses für die wahren Verhältnisse in Deutschland doch nicht ganz so hoffnungslos

erscheinen lasse, wie das bisher der Fall war. Der Eindruck, den die Aussprache hinterließ, war jedenfalls der, daß man in den maßgebenden französischen Kreisen nun doch ernster über die Ursachen der bisherigen Fehlschläge der Versuche einer deutsch-französischen Annäherung nachzudenken bereit scheint und geneigter wird, die tatsächlichen Stimmungen und Kräfteverhältnisse sowie die Auswirkungen der bisherigen Fehlschläge in Deutschland richtiger einzuschätzen. Die französischen Minister reisen am Freitag in demselben Zuge von London ab, den auch der Reichskanzler und der Reichsaußenminister benutzen werden. Die beiden Delegationen reisen also sicher zusammen bis nach Dover, möglicherweise auch bis nach Calais, und man nimmt an, daß sich während der Fahrt Gelegenheit zu einer Fortsetzung der Aussprache bieten wird. Möglicherweise wird übrigens auch die italienische Abordnung den gleichen Zug benutzen.

Am Donnerstagabend hatte der Londoner Vertreter der Telegraphen-Union im Carltonhotel eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval, in der sich dieser über die gegenwärtige Lage aussprach:

„Ich wage zu sagen", so erklärte Laval, „daß die Unterhaltungen zwischen den deutschen und den französischen Ministern und besonders meine Unterhaltung mit Dr. Brüning uns zu einer Politik zusammengeführt hat, die, wenn sie weiter mit Klugheit und Festigkeit betrieben wird, zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Deutschland führen kann. Es gibt keinen Kredit ohne Vertrauen und es gibt kein Vertrauen in der Welt, wenn nicht Harmonie zwischen unseren beiden großen Ländern herrscht. Hier liegt das Beil, hier liegt der Friede. Das müssen alle Nationen begreifen, mit denen uns Freundschaft verbindet. Unser Versuch ist noch nicht beendet."

Vor neuen Konferenzen.

Paris, 24. Juli. Die ganze Pariser Morgenpresse ist sich darin einig, daß die in London gefaßten Beschlüsse nur eine vorläufige Lösung darstellen und kaum geeignet sind, der deutschen Finanzkrise eine wesentliche Hilfe zu bringen. Man unterstreicht allgemein, daß eine zweite Konferenz über kurz oder lang — man rechnet in ein bis zwei Monaten — zusammentreten wird, die sich mit den gleichen Fragen wie in London befassen müsse. Alle Blätter, selbst das „Echo de Paris" weisen immer wieder auf die guten Beziehungen hin, die sich zwischen Brüning und Laval angebahnt hätten. Das „Echo de Paris" meint, es sei sicher, daß die Bankiersachverständigen in ihrem Bericht auch die Fragen des Youngplanes berühren würden. Frankreich werde sich dann in kurzer Zeit denselben feindlichen Plänen gegenübersehen, die es soeben in London ausgeschaltet habe. — Das „Journal" sagt, England und Amerika hätten Deutschland an den Rand des Abgrundes getrieben, indem sie sich in Frankreich große Summen zum Zinsfuß von 3 bis 4 v. H. geborgt und dieses Geld zu Wucherzinsen weitergeliehen hätten. Der „Petit Parisien" betont, daß man bald die Besprechungen wieder aufnehmen müsse, um das Reich in den Sattel zu setzen. Nach dem „Oeuvre" werde man schon in zwei bis drei Wochen die Behandlung des gleichen Themas von London wieder aufnehmen müssen.

Eine Zwischenlösung, aber Vorbereitung für Dauerlösung.

London, 23. Juli. Bei der Beurteilung der am Donnerstag vom Foreign Office ausgegebenen amtlichen Mitteilungen legte

Reichskanzler Brüning

zunächst einmal Wert auf den ersten Paragraphen dieses Schriftstückes. Er betonte, hiermit habe die Konferenz ausdrücklich anerkannt, daß die Kapitalzurückziehung aus Deutschland in erster Linie auf das Ausland zurückzuführen seien und daß Deutschlands Staatshaushalt und Wirtschaft in Ordnung gebracht worden wären, nachdem der Hooverplan dieses möglich gemacht habe.

Die Londoner Konferenz habe nur eine Zwischenlösung gebracht. Er habe eigentlich auch von vornherein nichts anderes erwartet, nachdem man sich über die Schwierigkeiten, die der Aufnahme einer internationalen langfristigen Anleihe entgegenstehen, klar geworden sei. Finanziell sei sie nicht zu erzielen gewesen. Die Verfassung Amerikas erlaube eine Garantie seitens der Regierung nicht. Der Londoner Kapitalmarkt befände sich zur Zeit nicht in der gewünschten Verfassung. Auch bereite ein Einvernehmen zwischen Amerika und England einerseits und Frankreich andererseits Schwierigkeiten.

Die deutschen Bemühungen hätten sich daher von vornherein eigentlich lediglich auf die Verlängerung des 100-Millionen-Dollar-Rediskontkredites und das Anhalten der ausländischen Kreditzurückziehungen beschränkt. Brüning wies hierbei besonders auf den Einfluß hin, den die amerikanische Stellungnahme auf die günstige Lösung dieser beiden Fragen ausgeübt habe. Die Konferenz sei besonders stark von der deutschen Industriegarantie beeindruckt gewesen, und anscheinend böte diese die geeigneten Unterlagen für eine zukünftige Kreditaktion, die dann nicht unmittelbar an das Reich, sondern wahrscheinlich über den Weg der Golddiskontbank nach Deutschland fließen würde. Der Kanzler brachte zum Ausdruck, daß die Vorschläge, die der Reichsbankpräsident Luther auf seiner Rundreise vor etwa 14 Tagen vorgetragen habe, im allgemeinen nicht den Beifall der Konferenz gefunden hätten. Sie seien wohl auch etwas schnell entworfen und daher pressemäßig nicht genügend vorbereitet gewesen.

Die Ergebnisse der Konferenz bedeuteten daher nichts weiter als Zweckmaßnahmen, aber es müsse an den Zielen festgehalten werden, daß der Gesamtumfang des deutschen Kredites im Auslande zu vermehren sei. **Die Konferenz habe, wie er hoffe, den Grundstein für eine Aktion von Dauer gelegt.**

Brüning ging dann auf die Einladung über, einige ausländische Bankiers nach Deutschland zu berufen. Er habe bereits in der vergangenen Woche mit Mr. Sprague in dieser Angelegenheit Rücksprache genommen. Dabei habe sich herausgestellt, daß die komplizierte Lage in Deutschland von nur sehr wenig Menschen im Auslande verstanden würde, besonders, nachdem durch das ausgedehnte System der kurzfristigen Kredite die Lage in Deutschland sehr unübersichtlich geworden sei. Die Mitglieder dieses Bankierausschusses würden von der deutschen Regierung ernannt. Der Reichskanzler sagte, daß zwischen diesem von der deutschen Regierung zu ernennenden Ausschuß und dem von der BIZ. zu ernennenden ein Unterschied bestehe. Es seien zwei durchaus voneinander getrennte Ausschüsse, wobei es allerdings möglich sei, daß eine Person sowohl dem einen wie dem anderen Ausschuß angehöre. Der Gedanke des von der BIZ. zu ernennenden Ausschusses entstamme dem amerikanischen Vorschlag, es sei dann gegenüber dem französischen Antrag eine Zwischenlösung in der Form gefunden worden, daß zwar die BIZ. formell den Ausschuß ernennt, daß aber die Zentralbanken die Mitglieder selbst nominieren. Brüning bezeichnete den Ausgang der Konferenz als sehr gut. Er fand Worte des Dankes für Macdonald, durch dessen Bemühungen es gelungen sei, die Konferenz in Herzlichkeit beisammen zu halten, er dankte den Amerikanern und ganz besonders auch dem französischen Ministerpräsidenten Laval, der ausdrücklich auf die Tragweite der offenen Aussprache zwischen den deutschen und den französischen Staatsmännern hingewiesen habe.

Eines der wesentlichsten Ergebnisse dieser Konferenz sei, so sagte der Reichskanzler, daß sich die internationale Finanz nunmehr mit der Lage Deutschlands dauernd zu beschäftigen habe, hierzu kämen die Bemühungen, die Deutschland aus eigener Kraft machen müsse. Insofern sei die Konferenz also eine Vorbereitung für eine Dauerlösung gewesen.

Nach den Ausführungen des Reichskanzlers ergriff

Reichsaußenminister Dr. Curtius

das Wort zu einigen kurzen Bemerkungen. **Er teilt mit, daß die Sachverständigen, die über die Sachlieferungen und die Ueberleitung des Hooverplanes zu beraten haben, weiter in London bleiben und untereinander die Fragen regeln werden, soweit dies möglich ist, um dann den Regierungen zu berichten.** Das weitere Verfahren steht noch nicht fest. Dr. Curtius betonte ferner, daß es nicht etwa zu irgendeiner politischen Vertrauenskundgebung gekommen ist. Die Konferenz hat sich, wie er hervorhob, streng auf die Fragen der Finanzen beschränkt. In kleinem Kreise habe man sich zwar auch mit anderen Fragen befaßt, aber man habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß politische Vertrauenskundgebungen leicht zu Mißverständnissen führen könnten.

Der Minister sagte: Das Entscheidende ist, daß weitere Maßnahmen unternommen werden, daß wir dauernd in Fühlung bleiben, damit der Faden nicht abreißt, der zu weiteren Konferenzen mit den anderen Staatsmännern führt.

Was dies weiter bedeutet, und was aus dieser Umwälzung sich herauskristallisieren wird, ist eine Frage der Zukunft.

Macdonald und Stimson sind zufrieden.

London, 23. Juli. Premierminister Macdonald erklärte dem ins-Vertreter in der Downingstreet: Ich bin über die Ergebnisse der Konferenz sehr befriedigt. Ich hoffe, daß die Arbeit der sieben Mächte einen fruchtbaren Boden für weitere Zusammenarbeit gelegt hat.

Staatssekretär Stimson erklärte nur kurz: „Ich bin ebenfalls vollkommen von dem Ausgang der Konferenz zufriedengestellt.

Amtliche Erklärung zur Sieben-Mächte-Konferenz.

London, 23. Juli. Die Sieben-Mächte-Konferenz wurde um 12.20 Uhr geschlossen, nachdem noch die hauptsächlichsten Vertreter das Wort ergriffen hatten.

Nach der Schlußsitzung wurde folgende Erklärung veröffentlicht:

Die kürzlichen übermäßigen Zurückziehungen von Kapital aus Deutschland haben eine akute finanzielle Krisis erzeugt. Diese Zurückziehungen sind verursacht worden durch einen Mangel an Vertrauen, der nicht durch die wirtschaftliche Lage des Landes gerechtfertigt ist. Um die Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität Deutschlands sicherzustellen, die wesentlich ist im Interesse der gesamten Welt, sind die auf der Konferenz vertretenen Regierungen bereit, zusammenzuwirken, soweit es in ihrer Macht liegt, um das Vertrauen wieder herzustellen. Die auf der Konferenz vertretenen Regierungen sind bereit, zur Erwägung durch die Finanzinstitute in ihren Ländern folgende Vorschläge zur Erleichterung der unmittelbaren Lage anzuempfehlen:

1. Daß der Zentralbank-Kredit von 100 Millionen Dollar, der vor kurzem der Reichsbank unter den Auspizien der Bank für Internationale Zahlungen gewährt wurde, bei seiner Fälligkeit für einen Zeitraum von drei Monaten erneuert wird.

2. Daß gemeinsame Maßnahmen von Finanzinstituten in den verschiedenen Ländern zwecks Aufrechterhaltung des Umfanges der Kredite getroffen werden, die sie bereits Deutschland gewährt haben.

3. Die Konferenz empfiehlt, daß die Bank für Internationale Zahlungen eingeladen wird, ohne Verzug einen Ausschuß von Vertretern zu schaffen, die von den Gouverneuren der Zentralbanken ernannt sind. Der Ausschuß soll die unmittelbaren weiteren Kreditbedürfnisse Deutschlands und die Möglichkeiten der Konventierung eines Teiles der kurzfristigen Kredite in langfristige Kredite prüfen. Die Konferenz hat mit Interesse eine Mitteilung Dr. Brünings inbezug auf die gemeinsame Garantie zur Kenntnis genommen, die vor kurzem von der deutschen Industrie zur Verfügung der Golddiskontbank gestellt wurde. Die Konferenz ist der Ansicht, daß eine Garantie dieser Art es möglich machen müßte, eine gesunde Grundlage für die Wiederaufnahme der normalen Operationen des internationalen Kredits zu schaffen. Die Konferenz ist der Ansicht, daß, wenn diese Maßnahmen durchgeführt werden, sie eine Basis für eine darauf folgende dauerhaftere Aktion bilden werde.

Hoover zum Abschluß der Londoner Konferenz.

Washington, 23. Juli. Präsident Hoover veröffentlicht zum Abschluß der Londoner Konferenz eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Die Londoner Konferenz habe den Grundstein zur Wiederkehr stabiler Verhältnisse in Deutschland gelegt. Das Hauptproblem, das vor allen das Bank- und Kreditwesen berühre, sei eher durch die freiwillige Mitarbeit der Weltbankiers zu lösen als durch die Regierungen mit ihren gegensätzlichen Interessen. Eine solche Grundlage der Zusammenarbeit bedeute Sicherheit. **Das in London angenommene Programm vervollständige den bereits in Kraft getretenen Aufschub der europäischen Regierungsschulden. Die gemeinsame Wirkung des Zahlungsaufschubes und des Londoner Programms sollte dem deutschen Volke unter Mithilfe seiner Industrie, seiner Hilfsquellen und seines Mutes ermöglichen, der vorübergehenden Schwierigkeiten Herr zu werden und seinen Kredit wiederherzustellen. Das Londoner Programm trage zur schnellen Erholung von der Weltdepression bei durch Ueberwindung der hauptsächlichsten mitteleuropäischen Krisenelemente. Die Welt sei den Delegierten, die an der Londoner Konferenz teilgenommen hätten, zu Dank verpflichtet.** Die Konferenz habe einen schönen Geist der Versöhnlichkeit und der gegenseitigen Rücksichtnahme gezeigt, was auf die Wiederherstellung stabiler Verhältnisse wohltuend wirken werde.

Präsident Hoover übermittelte gleichzeitig Stimson und Mellon seine persönlichen Glückwünsche zu der erfolgreichen Mitwirkung an der Londoner Konferenz.

*

Landgraf bleibe hart!

Die Industrie- und Handelskammer Dresden hat in ihrer Gesamtsitzung vom 21. Juli einmütig folgende Entschließung gefaßt und der Reichsregierung telegraphisch übermittelt:

Der Herr Reichskanzler hat es seither abgelehnt, die Gewährung ausländischer Hilfe zur Erleichterung unserer schweren Wirtschafts- und Finanznot durch das Zugeständnis von politischen oder anderen, über das rein Finanztechnische hinausgehenden Bedingungen zu erkaufen. Im vollen Bewußtsein der unendlich schweren Opfer, die die Durchhaltung dieses Standpunktes allen Kreisen des deutschen Volkes, insbesondere den von ihr vertretenen Wirtschaftskreisen, auferlegen wird, fordert die Industrie- und Handelskammer Dresden die Reichsregierung eindringlich auf, unbeugsam fest zu bleiben. Es gilt jetzt für Deutschland, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, um die vor ihm liegenden schweren Zukunftsaufgaben meistern zu können. Auch die Wirtschaft kann nur in einem freien Staate und einem sein Geschick selbst bestimmenden Volke ihrer Aufgabe gerecht werden. Wie an ihre Angehörigen, richtet die Kammer auch an alle anderen Volksgenossen die Mahnung, die aus dieser Schicksalsverbundenheit sich ergebenden Folgen für die Lebenshaltung jedes einzelnen auf sich zu nehmen.

Die Zollunion vor dem Haager Gerichtshof.

Haag, 23. Juli. Am Nachmittag setzte Prof. Dr. Kaufmann seine Ausführungen fort. Gegenüber der von Frankreich erhobenen Beschwerde verfassungsrechtlicher Art gegen die Regelung der Kündigung des Zollabkommens, soweit diese Oesterreich betrifft, erklärte Professor Kaufmann, daß diese Beschwerde nicht von Bedeutung für die Frage sei, ob das Abkommen die Unabhängigkeit Oesterreichs verletze.

Prof. Kaufmann erklärte unter anderem weiter, daß das gegenseitige Vertrauen, das Oesterreich und Deutschland ineinander setzten, keine Verletzung der Unabhängigkeit darstelle. Es sei nicht anzunehmen, daß nach drei Jahren die österreichische Volkswirtschaft so von Deutschland abhängig geworden sein würde, daß eine Kündigung der Zollunion unmöglich wäre. Sicher würde die Zollunion eine Anpassung der österreichischen Wirtschaft an die deutsche zur Folge haben. Sie sei jedoch nötig für Oesterreich, das sein Absatzgebiet in Ungarn verloren habe. Man habe ausgerechnet, daß nach drei Jahren der Güteraustausch zwischen Deutschland und Oesterreich um eine Milliarde Mark gestiegen sein würde. Sicher werde die Zollunion auch zur Bildung von Kartellen zwischen deutschen und österreichischen Unternehmungen führen. Es sei aber nicht einzusehen, warum das Frankreich nervös mache. Gegenüber dem tschechoslowakischen Standpunkt, daß eine deutsch-österreichische politische Einheit unabwendbare Folge der Zollunion sein werde, erklärte Prof. Kaufmann unter Hinweis auf Luxemburg, Monaco, Liechtenstein und andere kleinere Staaten, daß eine Zollunion noch nie zu politischer Einheit geführt habe. Zum Schluß stellte Prof. Kaufmann fest, daß Oesterreich ein Recht darauf habe, diese Aeußerung seiner Unabhängigkeit respektiert zu sehen.